

2 Meinungen

Leserbriefe

Den Karren nicht vor die Ochsen spannen

Zur Wohnraumentwicklung

Die knappen Resultate der kommunalen Abstimmungen in Sachen RhyTech-Quartier wie auch Hohberg zeigen ganz eindeutig, dass die Meinungen über die zukünftige Entwicklung des Wohnraums wie auch letztlich der Anzahl Einwohner in unserem Kanton völlig gespalten sind. Angesichts dieser Tatsache wäre es vordringlich, zuerst einmal einen Marschhalt einzulegen und in einem basisdemokratischen Verfahren gemeinsam mit der jetzigen Bevölkerung zu erörtern, wohin der Weg in Zukunft gehen soll, statt mit billigen juristischen Tricks zu versuchen, mehr Grünflächen zu überbauen, beispielsweise, indem man den unmissverständlichen Willen des Stifters des Charlottenfels-Guts zu missachten sucht. Sinnvoll wäre es auch, den Bereich Wohnortmarketing von der kantonalen Wirtschaftsförderung abzuspalten, da ansonsten die Gefahr einer völlig einseitigen Entwicklung droht, die nur noch den Interessen gewisser Immobilien- und Baufirmen dient, nicht aber denjenigen der breiten Bevölkerung.

Guido Mühlemann
Schaffhausen

Regierung sollte sich sinnvollerer Projekten widmen

«Ein Geschenk weckt Begehrlichkeiten», SN vom 13. 6.

Da hat vor fast 90 Jahren ein wohlhabender Bürger dem Kanton Schaffhausen ein grossherziges Geschenk gemacht und dessen Verwendung klar geregelt. Das haben der Beschenkte, sprich: Kanton, und auch die Nachfahren des Schenkers zu akzeptieren!

Nun versucht die Regierung die Schenkungsbestimmungen auszuwickeln. Kantons- und Obergericht haben sich dazu jedoch nicht missbrauchen lassen. Fragt sich nur, wer die Kosten für diese Übung übernimmt, wahrscheinlich der Steuerzahler. Das ganze Vorhaben legt den Verdacht nahe, dass begüterte Kaufinteressenten dahinterstecken, welche sich das schöne Grundstück wohl gerne unter den Nagel reissen würden. Aber so einen Verdacht wird die Regierung wohl entrüstet zurückweisen.

Mögen sich Wirtschaftsförderung und Regierung sinnvollerer Projekten zuwenden, so zum Beispiel der Umnutzung des Zeughausareals.

Rolf Westphal
Schaffhausen

Nur die halbe Wahrheit

Zu «Lehrer wütend auf die Regierung», SN vom 5. 6.

Unser Lohnsystem soll laut Aussage von Regierungsrat Christian Amsler «zwar komplex, aber transparent» sein. Die Transparenz zeigt sich vor allem im Anfangslohn, der bei der Besoldungsrevision angehoben werden musste, sonst wäre Schaffhausen nicht mehr konkurrenzfähig gewesen. Die Transparenz erlaubt dann nur noch einen vielversprechenden zweiten Blick

auf den Maximallohn. Was dazwischen liegt (wohl der «komplexe» Teil!), ist uns schleierhaft – weder klar noch transparent. Was bei allen anderen Schulstufen möglich ist – nämlich innerhalb des Lohnbandes mit der Unterteilung a bis e ins Maximum zu gelangen –, bleibt uns Kindergartenlehrpersonen mit der Einreihung im Mittelfeld, auch nach über 40 Dienstjahren, verwehrt. Wir haben noch nie behauptet, schlechte Löhne zu haben, aber wir beklagen ungerechte Löhne! Ist ein Lohnsystem, das nicht hält, was es verspricht, nun nochmals (Zitat Ch. A.) «... wieder eine andere Geschichte»?

Doris Klingler
Löhningen

Ein Lohn, der unerreichbar ist

Zu «Welche Schaffhauser Lehrer besonders gut verdienen», SN vom 1. 6.

Unglaublich, welchen Lohn ich laut Artikel in den SN als Kindergartenlehrperson verdienen könnte! Nur habe ich solche Lohnsummen nie erhalten. Weder ich noch eine meiner Berufskolleginnen ist im Lohnmaximum. Und das, obwohl wir zwischen 25 und 40 (!) Dienstjahre haben. Und so, wie wir innerhalb unseres Lohnbandes eingeteilt sind, sind wir von Spitzenlöhnen weit entfernt. Ich könnte arbeiten, bis ich «knatteralt» wäre; ich werde das Lohnmaximum nie erreichen. So sieht es aus.

Yvette Padovan
Schaffhausen

Die Badi muss doch zu retten sein

Zu «Aus für die Badi Rheinau», SN vom 14. 6.

Mit grossem Einsatz hat der Vorstand des Badi-Vereins Rheinau versucht, unsere Badi zu retten. Dies verdanke ich ihm ganz herzlich. Was ich aber nicht glauben kann, ist, dass das Projekt Aquarina gescheitert ist und es wirklich keine Lösung für das Hallen- (das Einzige übrigens zwischen Schaffhausen und Winterthur) und Freibad gibt: Es kann nicht sein, dass das ganze Projekt am Fehlbetrag von jährlich 40 000 Franken scheitert und weiter unten im selben Dorf wird die Klosterinsel für Millionenbeträge saniert und ausgebaut.

Nicht nachvollziehbar ist für mich auch, dass die weit entfernte Gemeinde Herrliberg 50 000 Franken sponsert, die Gemeinden Andelfingen, Feuerthalen und Jestetten (alle als direkte Nutzniesser des Bades) aber kneifen.

Ich glaube, dass der Verein, welcher innert kürzester Zeit auf 1400 Mitglieder gewachsen ist, eine grosse Kraft im Weinland darstellt. Und mit der Solidarität dieser Mitglieder muss das Bad doch einfach gerettet werden können. Liebe Weinländerinnen und Weinländer, Mitglieder des Vereines und weitere Sympathisanten: Helft dem Vorstand, das Bad in letzter Minute noch zu retten!

Gaby Näf-Steiner
Dachsen

Unter der Rubrik «Leserbriefe» veröffentlicht die Redaktion Zuschriften aus dem Leserkreis, um deren Publikation sie ausdrücklich ersucht wurde. Die Verantwortung für den Inhalt der Einsendungen tragen die Verfasser. Die Redaktion behält sich vor, Kürzungen vorzunehmen oder Texte ehrverletzenden Inhalts zurückzuweisen. Anonyme Zuschriften wandern in den Papierkorb. In der Regel werden nur mit vollem Namen gezeichnete Leserbriefe veröffentlicht.



Die Elektrifizierung der Hochrheinbahn zwischen Schaffhausen und Basel beschäftigte das Parlament während der Session letzte Woche. Auf unserem Bild ein elektrischer Triebwagen ETR 426 der DB im Bahnhof Schaffhausen.

Bild Key

Solidarität mit einem Grenzkanton

Bei der Elektrifizierung der Hochrheinbahn geht es immerhin um die Verbindung zweier Kantonshauptorte, eine Streckenverkürzung um eine Stunde und eine Verkehrs-entlastung des Knotens um Zürich.

VON THOMAS HURTER

bahn beantragt, die aus den Restmitteln des bei der Finöv-Abstimmung 1998 beschlossenen Verpflichtungskredites finanziert werden könnte. Im Unterschied zu allen anderen Projekten wird mit dem Schaffhauser Anliegen die Fasi-Vorlage nicht noch mehr aufgeblasen.

Im Nationalrat ist es in einer ersten Runde gelungen, das Anliegen eines Grenzkantons aufzunehmen und die Vorteile dieser Bahnlinie aufzuzeigen. Leider hat das am letzten Donnerstag der Ständerat anders beurteilt. So schnell ging doch vergessen, dass Schaffhausen sich mit den meisten anderen Projekten in der Schweiz solidarisch gezeigt hatte. Es wurde sogar er-

wähnt, dass mit der Hochrheinbahn Druck auf die Deutschen gemacht werden könne. Dies, obschon die Bahn mehrheitlich im Interesse der Nordostschweiz liegt!

Nächste Woche wird der Nationalrat sich noch einmal über dieses Geschäft beugen. Da die ständerätliche Verkehrskommission bei der Hochrheinbahn trotzdem eine Angebotsverbesserung prüfen will, gehe ich davon aus, dass auch der Nationalrat sich dem anschliessen wird, um die Fasi-Vorlage noch in dieser Session verabschieden zu können.

Es ist zu hoffen, dass dieser Prüfungsauftrag genügend schnell umgesetzt wird, sodass diese Lückenschliessung vorgenommen werden kann und damit die Ost- und die Westschweiz an das Hochgeschwindigkeitsnetz des TGV nach Frankreich sowie des ICE nach Stuttgart und München angebunden werden kann. Es geht immerhin um die Verbindung zweier Kantonshauptorte, eine Streckenverkürzung um eine Stunde und eine Verkehrs-entlastung des Knotens um Zürich.

Die Schweiz ist ein Bundesstaat mit 26 solidarischen Kantonen. Dazu gehört auch der Kanton Schaffhausen, der historisch bedingt mehr deutsche als schweizerische Bahnkilometer sowie 80 Prozent seiner Kantonsgrenze zusammen mit Deutschland hat und von zwei verkehrstechnischen Nadelöhren (Eglisau und Winterthur) abhängig ist. Da sollte doch die Hochrheinbahn mehr als nur prüfenswert sein!

Thomas Hurter (SVP) ist Schaffhauser Nationalrat.

Presseschau Zur Schliessung des Staatsrundfunks in Griechenland

Das brutale Abschalten des öffentlichen Fernsehens in einem Land, das sich selbst als Wiege der Demokratie rühmt, stellt alles in Frage. Es rüttelt

Verfassung und Arbeitsschutzgesetz erlauben Entlassungen bisher fast nur, wenn gleich eine ganze Abteilung oder Behörde geschlossen wird. Dieser

Die Nacht- und Nebelentscheidung gegen den ERT nimmt nicht nur der griechischen Medienlandschaft eine wichtige Stimme. Mit solchen Entschei-

LE FIGARO

die Öffentlichkeit in Griechenland auf und erschüttert die Regierungskoalition in Athen. Die Entscheidung gibt aber auch der Kritik neue Nahrung, die überall an der unglaublichen Ungeschicklichkeit der EU-Instanzen beim Umgang mit der Eurokrise laut wird. Das ist es zweifellos, was der griechische Regierungschef Samaras erreichen wollte.

Süddeutsche Zeitung

Logik folgt nun Griechenlands Premier und versucht, Entschlossenheit zu demonstrieren. Doch solche mit der Brechstange durchgeführte Hau-Ruck-Aktionen sind kein Zeichen für eine überlegte Politik – erst recht nicht, wenn ein Teil der Regierung in Athen die gerade erst verkündete Entscheidung bereits wieder rückgängig machen will.

Neue Zürcher Zeitung

dungen erweist Samaras auch der parlamentarischen Demokratie – die in Griechenland ohnehin beständig an Ansehen verliert – einen Bärendienst. Es gab keine Debatte in der Volksvertretung oder der Öffentlichkeit. Auch seine Koalitionspartner stellte der Ministerpräsident vor vollendete Tatsachen – und riskiert dabei den Koalitionsfrieden.